

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 97 — 2435

[C — 97/33090]

**13. JUNI 1997 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Brevets in Krankenpflege**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, unterzeichnet in Rom am 25. März 1957 und gebilligt durch das Gesetz vom 2. Dezember 1957, insbesondere der Artikel 49, 57 und 66;

Aufgrund der Richtlinie 77/452/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 27. Juni 1977 zur gegenseitigen Anerkennung der Diplome, Zeugnisse und sonstigen Nachweise eines Krankenpflegers für Allgemeinpfege und zur Anwendung von Maßnahmen zur Erleichterung der effektiven Ausübung des Niederlassungsrechtes und des freien Dienstleistungsverkehrs, abgeändert durch die Richtlinien 81/1057/EWG vom 14. Dezember 1981, 89/595/EWG vom 10. Oktober 1989, 89/594/EWG vom 30. Oktober 1989 und 90/658/EWG vom 4. Dezember 1990;

Aufgrund der Richtlinie 77/453/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 27. Juni 1977 zur Koordinierung der Gesetzes-, Verordnungs- und Verwaltungsvorschriften über die Tätigkeit des Krankenpflegers für Allgemeinpfege, abgeändert durch die Richtlinie 89/595/EWG vom 10. Oktober 1989;

Aufgrund der am 31. Dezember 1949 koordinierten Gesetze über die Verleihung der akademischen Grade und das Programm der Prüfungen an Universitäten, so wie abgeändert, insbesondere des Artikels 6bis;

Aufgrund der am 30. April 1957 koordinierten Gesetze über den technischen Unterricht, so wie abgeändert;

Aufgrund des Gesetzes vom 19. März 1971 über die Gleichstellung ausländischer Studiennachweise, so wie abgeändert;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 2 vom 21. August 1978 zur Festlegung der maximalen Anzahl Wochenstunden des Vollzeitsekundarunterrichts und des ergänzenden berufsbildenden Vollzeitsekundarunterrichts, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 79 vom 21. Juli 1982 und den Königlichen Erlass vom 29. Juni 1984;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 541 vom 31. März 1987 zur Festlegung des für den ergänzenden beruflichen Sekundarunterricht geltenden Rationalisierungs- und Programmierungsplans und zur Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 460 vom 17. September 1986 zur Festlegung der für den Hochschulkurzzeitunterricht geltenden Rationalisierungs- und Programmierungspläne und zur Abänderung der Rechtsvorschriften über die Organisation des Hochschullangzeitunterrichts, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 1990;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 31. Juli 1971 zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für die Gleichstellung der ausländischen Studiennachweise, so wie abgeändert;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 bezüglich der Organisation des Sekundarschulwesens, so wie abgeändert;

Aufgrund des Einverständisses des für den Haushalt zuständigen Minister-Präsidenten, gegeben am 17. März 1995;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es erforderlich ist, die Reform der Ausbildung als Krankenpfleger juristisch abzusichern, bevor am Ende des Schuljahres 1996-97 die ersten Brevets gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verliehen werden;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus und des Ministers für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften,

Beschließt:

. **KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen**
 Abschnitt 1 — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Im Sinne des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Schule: jede Unterrichtseinrichtung oder jeder Teil einer Unterrichtseinrichtung, wo ein Vollzeitunterricht im Bereich des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts, Abteilung "Krankenpflege", erteilt wird;

2. Abteilung Krankenpflege: Kategorie, zu der die Unterrichtseinrichtungen gehören, die das in Artikel 2 des vorliegenden Erlasses angeführte Brevet gemäß den Bestimmungen dieses Erlasses vergeben;

3. Regulärer Schüler: jeder Schüler, der die Zulassungsbedingungen erfüllt, für alle Kurse eines bestimmten Studienjahrs eingeschrieben ist und an allen Kursen und Praktika effektiv und regelmäßig teilnimmt, um gegebenenfalls am Ende des Schuljahrs in den Genuss der mit dem erfolgreichen Abschluß des Studienjahrs verbundenen Rechtswirkungen zu gelangen;

Mit Ausnahme von Fällen höherer Gewalt, die vom Leiter der Unterrichtseinrichtung zu beurteilen sind, gilt ein Schüler, der mehr als 60 halbe Tage abwesend ist, nicht mehr als regulär;

4. Prüfungsausschuß: der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzte Prüfungsausschuß, der mit der Durchführung der Prüfungen und der Abschlußprüfungen zur Verleihung des Krankenpflegebrevets beauftragt ist. Der in Abschnitt 1 des Kapitels IV bezeichnete Prüfungsausschuß unterliegt jedoch nicht der vorerwähnten Definition;

5. Klassenrat: die Mitglieder des Lehrpersonals, die unter dem Vorsitz des Leiters der Unterrichtseinrichtung oder gegebenenfalls seines Stellvertreters mit der Ausbildung einer bestimmten Gruppe von Schülern beauftragt sind und darüber befinden müssen, ob die im vorliegenden Erlass festgelegten Kriterien für das Bestehen der Prüfungen oder der Abschlußprüfungen erfüllt sind. Der Klassenrat entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; Stimmabstimmungen sind nicht zulässig, bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend;

Ein Mitglied des Klassenrates darf nicht an der Beratung für den Schüler teilnehmen, der der Ehepartner oder ein Verwandter bis einschließlich vierten Grades ist.

6. Prüfung: Kontrollverfahren, das einen bestimmten Teil des Studienprogrammes eines Studienjahres betrifft. Die in Artikel 4 und in Kapitel IV vorgesehene Vorberichtigungsprüfung unterliegt jedoch nicht der vorliegenden Definition;

7. Prüfungen: Gesamtheit der Prüfungen eines Studienjahres, mit Ausnahme der Prüfungen des letzten Studienjahres;

8. Abschlußprüfungen: Gesamtheit der Prüfungen des letzten Studienjahres;

9. Praktika: Tätigkeiten, in der Richtlinie 77/453/EWG vom 27. Juni 1977 auch klinischer Unterricht genannt, bei denen der Schüler sowohl in krankenhausinternen als auch in externen Einrichtungen und Diensten lernt, die erforderliche Pflege zu planen, zu organisieren, zu erteilen und zu beurteilen;

10. Pflegebericht: ein von den Schülern oder den Kandidaten für den Prüfungsausschuß zu erststellendes Dokument, durch das sie nachweisen sollen, daß sie sich eine dem Pflegeberuf angepaßte Problemlösungsmethode angeeignet haben;

11. Gleichstellungsbescheinigung: Bescheinigung über die in Anwendung des Gesetzes vom 19. März 1971 über die Gleichstellung ausländischer Studienachweise und dem diesbezüglichen Ausführungserlaß vom 31. Juli 1971 getroffene Entscheidung.

Personenbezeichnungen im vorliegenden Erlaß gelten für beide Geschlechter.

Abschnitt 2 — Studienprogramm und Abschluß des Studiums

Art. 2 - Das Studium, das mit dem Erwerb des Krankenpflegebrevets abschließt, umfaßt drei Studienjahre, wobei die End- und Zwischenziele in Anlage I und das Mindestprogramm in Anlage II festgelegt sind.

Ein Studienjahr umfaßt 40 Wochen von 36 Perioden zu 50 Minuten.

Die Ausbildung umfaßt insgesamt 2 240 Perioden klinischen Unterricht, die sich wie folgt verteilen:

640 Perioden im 1. Jahr, 760 Perioden im 2. Jahr und 840 Perioden im 3. Jahr. Das Programm dieses Unterrichts wird von den für das Unterrichts- und Gesundheitswesen zuständigen Ministern festgelegt.

In den Unterrichtseinrichtungen umfaßt die Ausbildung 2 080 Perioden theoretischen und praktischen Unterricht, die sich wie folgt verteilen:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Pflegewissenschaften	480	360	320
Grundwissenschaften	160	200	120
Sozialwissenschaften	40	40	80
Von der Schule festzulegen	120	80	80

Der für das Sekundarunterrichtswesen zuständige Minister oder sein Vertreter kann eine Schule ermächtigen, eine oder mehrere Klassen eines Studienjahrs nach einem zeitlich versetzten Stundenplan zu organisieren unter der Voraussetzung, daß die Gesamtanzahl der Klassen des betreffenden Studienjahrs nicht über derjenigen liegt, die sich aus der Anwendung der Aufteilungsnormen ergibt und daß die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses vollständig auf die Klassen mit zeitlich versetztem Stundenplan angewandt werden.

Art. 3 - Das in Artikel 2 angeführte Brevet, dessen Muster von dem für das Sekundarunterrichtswesen zuständigen Minister festlegt wird, wird von der Unterrichtseinrichtung oder dem Prüfungsausschuß den Schülern oder Kandidaten, die die Abschlußprüfungen bestanden haben, ausgehändigt, nachdem es von den für das Sekundarunterrichtswesen und das Gesundheitswesen zuständigen Ministern oder deren Vertretern unterzeichnet und gegebenenfalls gemäß den Bestimmungen, die von dem für das Gesundheitswesen zuständigen föderalen Minister festgelegt werden, in das entsprechende Register eingetragen worden ist.

Abschnitt 3 — Einschreibebedingungen

Art. 4 - § 1 - Um sich ins erste Studienjahr in einer Schule oder zu den vor dem Prüfungsausschuß abzulegenden Prüfungen des ersten Studienjahrs regulär einschreiben zu können, muß der Schüler beziehungsweise der Kandidat folgende Unterlagen vorlegen:

1. einen Nachweis über die körperliche Eignung, der nicht älter als drei Monate ist und der vom Arzt der besuchten Unterrichtseinrichtung, von einem Arzt des Verwaltungsgesundheitsdienstes oder, was den Prüfungsausschuß betrifft, vom Hausarzt ausgestellt sein kann;

2. ein Leumundszeugnis, das nicht älter als drei Monate ist;

3. einen der nachstehenden Studiennachweise oder eine der nachstehenden Bescheinigungen:

a) beglaubigtes Abschlußzeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts;

b) Studienzeugnis des 6. Jahres des berufsbildenden Vollzeitsekundarunterrichts;

c) Bescheinigung über das Bestehen der in Kapitel IV des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Vorbereitungsprüfung;

d) Bescheinigung über das Bestehen der Vorbereitungsprüfung, die in Kapitel II des Königlichen Erlasses vom 17. August 1957 zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Diploms eines Geburtshelfers oder eines Krankenpflegers vorgesehen ist;

e) Bescheinigung über die Gleichstellung mit einem der vorerwähnten Studiennachweise bzw. mit einer der vorerwähnten Bescheinigungen;

f) gegebenenfalls das vor dem 30. Juni 1987 erworbene Brevet in Kinderpflege oder eine vor dem 30. Juni 1985 erworbene Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluß des sechsten Jahres des berufsbildenden Vollzeitsekundarunterrichts.

§ 2 - Was den Prüfungsausschuß betrifft:

a) die in § 1 3 - angeführten Zeugnisse, Bescheinigungen und Diplome, mit Ausnahme der Gleichstellungsbescheinigung, müssen spätestens in dem Kalenderjahr erworben worden sein, das dem der Einschreibung vorangeht;

b) der Kandidat muß eine Praktikumsaufstellung vorlegen, aus der hervorgeht, daß er mindestens die im ersten Studienjahr vorgesehenen 640 Praktikaperioden oder mindestens die in der Gleichstellungsbescheinigung festgelegten Praktikaperioden absolviert hat.

Art. 5 - § 1 - Um sich ins zweite Studienjahr in einer Schule oder zu den vom Prüfungsausschuß organisierten Prüfungen des zweiten Studienjahres regulär einschreiben zu können, muß der Schüler beziehungsweise der Kandidat eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluß des ersten Studienjahrs zur Erlangung des Brevets eines Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegers - Geistesgesundheit und Psychiatrie, des Diploms eines graduierter Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegeassistenten oder des Brevets eines Krankenpflegeassistenten - Geistesgesundheit und Psychiatrie oder die Bescheinigung über die Gleichstellung mit einer der vorerwähnten Bescheinigungen vorlegen.

§ 2 - Was den Prüfungsausschuß betrifft:

a) die in § 1 angeführte Bescheinigung, mit Ausnahme der Gleichstellungsbescheinigung, muß spätestens in dem Kalenderjahr erworben worden sein, das dem der Einschreibung vorangeht;

b) der Kandidat muß die in Artikel 4 § 1 1. und 2. angeführten Schriftstücke und eine Praktikumsaufstellung vorlegen, aus der hervorgeht, daß er mindestens die im zweiten Studienjahr vorgesehenen 760 Praktikaperioden oder mindestens die in der Gleichstellungsbescheinigung festgelegten Praktikaperioden absolviert hat.

Art. 6 - § 1 - Um sich ins dritte Studienjahr in einer Schule oder zu den vom Prüfungsausschuß organisierten Prüfungen des dritten Studienjahres regulär einschreiben zu können, muß der Schüler beziehungsweise der Kandidat eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluß des zweiten Studienjahrs zur Erlangung des Brevets eines Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegers - Geistesgesundheit und Psychiatrie, des Diploms eines graduierter Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegeassistenten oder des Brevets eines Krankenpflegeassistenten - Geistesgesundheit und Psychiatrie oder die Bescheinigung über die Gleichstellung mit einer der vorerwähnten Bescheinigungen vorlegen.

§ 2 - Was den Prüfungsausschuß betrifft:

a) die in § 1 angeführte Bescheinigung, mit Ausnahme der Gleichstellungsbescheinigung, muß spätestens in dem Kalenderjahr erworben worden sein, das dem der Einschreibung vorangeht;

b) der Kandidat muß die in Artikel 4 § 1 1. und 2. angeführten Schriftstücke und eine Praktikumsaufstellung vorlegen, aus der hervorgeht, daß er mindestens die im dritten Studienjahr vorgesehenen 840 Praktikaperioden oder mindestens die in der Gleichstellungsbescheinigung festgelegten Praktikaperioden absolviert hat.

KAPITEL II — Prüfungen

Abschnitt 1 — Vor dem Prüfungsausschuß

Art. 7 - Die Prüfungen und die Abschlußprüfungen umfassen:

1. eine schriftliche Prüfung in drei Fächern des im Anlage II des vorliegenden Erlasses festgelegten Studienprogramms des betreffenden Studienjahres;

2. die nachfolgenden praktischen Prüfungen, jeweils bestehend aus einer Prüfung am Krankenbett und einem Pflegebericht:

a) im ersten Jahr: zwei Prüfungen im Bereich der allgemeinen Pflege und/oder der Krankenpflege in bezug auf Altenpflege;

b) im zweiten Jahr: zwei Prüfungen, zum einen über die Krankenpflege in bezug auf Medizin und zum anderen über die Krankenpflege in bezug auf Chirurgie;

c) im dritten Jahr: drei Prüfungen: erstens über die Krankenpflege in bezug auf Medizin, zweitens über die Krankenpflege in bezug auf Chirurgie sowie drittens über die allgemeine Krankenpflege oder die Krankenpflege in bezug auf Altenpflege;

3. die mündlichen Prüfungen über sämtliche Fächer des Studienprogramms des betreffenden Studienjahres.

Art. 8 - § 1 - Zu den praktischen Prüfungen werden nur die Kandidaten zugelassen, die bei der schriftlichen Prüfung mindestens 50 % der Punkte erzielt haben.

§ 2 - Zu den mündlichen Prüfungen werden nur die Kandidaten zugelassen, die mindestens 60 % der Gesamtzahl der bei den praktischen Prüfungen zu vergebenden Punkte und mindestens 50 % der bei jeder einzelnen praktischen Prüfung zu vergebenden Punkte erreicht haben.

Bei der Zuerkennung der Punkte in jeder praktischen Prüfung wird der am Krankenbett erbrachte Prüfungsteil mit einem Gewichtungskoeffizienten von zwei Dritteln, der Pflegebericht mit einem Gewichtungskoeffizienten von einem Drittel versehen.

§ 3 - Die Prüfungen des ersten und zweiten Jahres haben die Kandidaten bestanden, die mindestens 50 % der bei jeder mündlichen Prüfung zu vergebenden Punkte erzielt haben.

§ 4 - Die Abschlußprüfungen haben die Kandidaten bestanden, die mindestens 60 % der Gesamtzahl der bei den Abschlußprüfungen zu vergebenden Punkte und mindestens 50 % der bei jeder mündlichen Prüfung zu vergebenden Punkte erzielt haben.

Abschnitt 2 — In den Schulen

Art. 9 - Die Prüfungen und die Abschlußprüfungen umfassen:

1. die theoretischen Prüfungen in den verschiedenen Fächern, wobei in Anlage II des vorliegenden Erlasses das allerletzte Studienjahr festgelegt ist, in dem sie erteilt worden sein müssen. Ein in einem bestimmten Studienjahr erteiltes Fach muß am Ende des betreffenden Jahres Gegenstand einer Prüfung sein.

2. die nachfolgenden praktischen Prüfungen:

a) im ersten Jahr: zwei Prüfungen im Bereich der allgemeinen Pflege und/oder der Krankenpflege in bezug auf Altenpflege;

b) im zweiten Jahr: zwei Prüfungen, zum einen über die Krankenpflege in bezug auf Medizin und zum anderen über die Krankenpflege in bezug auf Chirurgie;

c) im dritten Jahr: drei Prüfungen: erstens über die Krankenpflege in bezug auf Medizin, zweitens über die Krankenpflege in bezug auf Chirurgie sowie drittens die allgemeine Krankenpflege oder die Krankenpflege in bezug auf Altenpflege;

Art. 10 - Zu den Prüfungen oder den Abschlußprüfungen sind nur die regulären Schüler zugelassen, die mindestens 60 % der Punkte bei der formativen Bewertung des klinischen Unterrichts erzielt haben. Diese Bewertung muß sich zumindest auf die von den Schülern zu erstellenden Pflegeberichte stützen. Im Schnitt wird ein Bericht pro 100 Praktikumsstunden erstellt.

Art. 11 - § 1 - Die Prüfungen des ersten und zweiten Jahres haben die regulären Schüler bestanden, die mindestens:

1. 50 % der bei jeder Prüfung zu vergebenden Punkte erzielt haben;
2. 60 % der Gesamtzahl der bei der in Artikel 10 angeführten formativen Bewertung und den zwei praktischen Prüfungen erzielt haben, wobei die formative Bewertung einerseits und die zwei praktischen Prüfungen andererseits denselben Gewichtungskoeffizienten besitzen;
3. 50 % der Gesamtzahl der bei den Prüfungen zur vergebenden Punkte erzielt haben.

§ 2 - Die Abschlußprüfungen haben die Schüler bestanden, die mindestens:

1. 50 % der bei jeder Prüfung zu vergebenden Punkte erzielt haben;
2. 60 % der Gesamtzahl der Punkte erzielt haben, die bei der in Artikel 10 angeführten formativen Bewertung, den drei praktischen Prüfungen sowie einer Synthesearbeit, mit der er seine Fähigkeit nachweisen muß, das in Anlage I des vorliegenden Erlasses angeführte erste Zwischenziel "Fähigkeiten des dritten Jahres" erreichen zu können, insgesamt zu vergeben sind;
3. 60 % der bei den Abschlußprüfungen zu vergebenden Punkte erzielt haben.

Bei der Zuerkennung der in Nummer 2 erwähnten Punkte ist folgende Gewichtung zu berücksichtigen:

- a) 20 % für die Synthesearbeit;
- b) 35 % für die ständige Bewertung;
- c) 45 % für die drei praktischen Prüfungen in ihrer Gesamtheit.

§ 3 - Der Klassenrat legt nach freiem Ermessen die Liste der Nachprüfungen fest, die von den Schülern abzulegen sind, die die in den Nummern 2 und 3 der Paragraphen 1 und 2 festgelegten Bedingungen, jedoch nicht die in Nummer 1 derselben Paragraphen festgelegte Bedingung erfüllt haben.

KAPITEL III — Gesundheitsschutz, Inspektion und Schulleitung

Art. 12 - Die Schüler werden jährlich derselben ärztlichen Kontrolle unterzogen wie die Krankenpfleger. Die für Unterricht und Gesundheit zuständigen Minister legen die Modalitäten dieser Kontrolle fest.

Art. 13 - Die pädagogische Inspektion der Kurse und Praktika wird von den Inspektionsdiensten der für das Sekundarunterrichtswesen und das Gesundheitswesen zuständigen Minister wahrgenommen.

Art. 14 - Vorbehaltlich einer von den für das Sekundarunterrichts- und das Gesundheitswesen zuständigen Ministern genehmigten Abweichung ist die Schule einem Schulleiter unterstellt, der Inhaber eines Diploms eines graduierten Krankenpflegers und eines pädagogischen Titels ist und vorzugsweise eine Lizenz in Krankenhauswissenschaften nachweisen kann.

KAPITEL IV — Vorbereitungsprüfung und Prüfungsausschuss

Art. 15 - Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Schriftführer, die stellvertretenden Schriftführer und die Mitglieder der Prüfungsausschüsse erhalten Anwesenheitsgelder, die pauschal pro Sitzungstag wie folgt festgelegt werden:

1. für den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführer und die stellvertretenden Schriftführer: 2 000 BEF;
2. für die Mitglieder: 1 500 BEF.

Die Fahrtentschädigung bei Benutzung eines eigenen Fahrzeugs beträgt 7,60 BEF pro Kilometer. Als Ausgangspunkt für die Berechnung gilt der Wohnsitz der betreffenden Person oder der Arbeitsort, falls dieser näher am Tagungsort liegt.

Bei Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird die Fahrtentschädigung aufgrund der vorgelegten Belege gewährt.

Abschnitt 1 — Vorbereitungsprüfung

Art. 16 - Die Prüfung zur Vorbereitung auf das in Artikel 2 bezeichnete Studium wird vor einem Prüfungsausschuß abgelegt.

Der für das Sekundarunterrichtswesen zuständige Minister genehmigt die Geschäftsordnung, legt die Zusammensetzung dieses Prüfungsausschusses fest und ernennt die Mitglieder für die Dauer von vier Jahren. Das Mandat kann erneuert werden.

Es finden zwei Prüfungssitzungen pro Jahr statt.

Art. 17 - Zur Vorbereitungsprüfung sind die Kandidaten zugelassen, die mindestens 18 Jahre alt sind oder dieses Alter spätestens am 31. Dezember des Jahres erreichen, in dem die Prüfung organisiert wird.

Art. 18 - Die in Artikel 16 Absatz 1 bezeichnete Prüfung umfaßt:

1. einen schriftlichen Teil, bestehend aus:
 - a) einer Zusammenfassung eines Textes über ein allgemeines Thema 50 Punkte
 - b) einem Kommentar zum gleichen Thema 50 Punkte
2. einen mündlichen Teil in den folgenden Fächern:
 - a) Mathematik 50 Punkte
 - b) Chemie 50 Punkte
 - c) Physik 50 Punkte
 - d) Biologie 50 Punkte

Das Prüfungsprogramm wird vom Prüfungsausschuß festgelegt und von dem für das Sekundarunterrichtswesen zuständigen Minister genehmigt. Es muß mindestens dem Niveau eines sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts entsprechen.

Art. 19 - § 1 - Um die Vorbereitungsprüfung zu bestehen, muß der Kandidat mindestens 50 % der im schriftlichen Prüfungsteil und mindestens 50 % der im mündlichen Prüfungsteil in jedem Fach zu vergebenden Punkte sowie mindestens 60 % der insgesamt zu vergebenden Punkte erreichen.

§ 2 - Der Kandidat, der weniger als 50 % der insgesamt zu vergebenden Punkte erzielt, wird in der ersten Sitzung vollständig zurückgestellt, in der zweiten Sitzung zurückgewiesen.

§ 3 - Der Kandidat, der in der ersten Sitzung mindestens 50 %, jedoch weniger als 60 % der insgesamt zu vergebenden Punkte erreicht, erhält für die zweite Sitzung eine Prüfungsbefreiung für den schriftlichen Teil, falls er in dem betreffenden Teil in der ersten Sitzung mindestens 60 % der zu vergebenden Punkte erzielt, oder für jedes Fach des mündlichen Teils, in dem er in der ersten Sitzung mindestens 60 % der zu vergebenden Punkte erzielt.

§ 4 - Der Kandidat, der in der ersten Sitzung mindestens 60 % der insgesamt zu vergebenden Punkte erreicht, legt in der zweiten Sitzung die Prüfungen in den Fächern ab, in denen er nicht mindestens 50 % der zu vergebenden Punkte in der ersten Sitzung erzielt hat.

Abschnitt 2 — Prüfungsausschuß

Art. 20 - Es finden zwei Prüfungssitzungen pro Jahr statt für jedes der Studienjahre, die zum Erwerb des in Artikel 2 bezeichneten Brevets führt.

Für die Teilnahme an der Prüfungssitzung ist eine Einschreibegebühr in Höhe von 1 500 BEF zu entrichten. Die Gebühren werden in keinem Fall erstattet.

Art. 21 - Sitz des Prüfungsausschusses ist das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Organisation des Unterrichtswesens. Der Prüfungsausschuß kann die räumliche Verlegung der Organisation beschließen.

Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die er dem für das Sekundarschulwesen zuständigen Minister zur Genehmigung vorlegt.

Art. 22 - § 1 Der Prüfungsausschuß setzt sich zusammen aus:

1. einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden, die unter den Beamten ausgewählt werden, die für die Inspektion der Krankenpflegeschulen des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts zuständig sind;

2. den Mitgliedern, die unter den Lehrern der von der Deutschsprachigen und der Französischen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Krankenpflegeschulen des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts ausgewählt werden, wobei sie entweder noch im Dienst oder seit weniger als fünf Jahren im Ruhestand sind.

Ist es nicht möglich, den Prüfungsausschuß vollständig mit den vorerwähnten Lehrern zu besetzen, kann auf Lehrer zurückgegriffen werden, die das Diplom eines graduierter Krankenpflegers besitzen und in der Oberstufe des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten technischen oder berufsbildenden Sekundarunterrichts im Bereich Sozial- und Familiendienste unterrichten;

3. einem Schriftführer und stellvertretenden Schriftführern, die unter den Personalmitgliedern des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und gegebenenfalls der Französischen Gemeinschaft ausgewählt werden;

§ 2 - Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Schriftführer, die stellvertretenden Schriftführer und die Mitglieder werden für eine Dauer von vier Jahren von dem für das Unterrichtswesen zuständigen Minister ernannt.

KAPITEL V — Befreiungen

Art. 23 - Der für das Sekundarschulwesen zuständige Minister kann einem Kandidaten, der nachweist, daß er in Belgien oder im Ausland entsprechende Prüfungen bestanden hat, von den Zulassungsbedingungen, der Prüfung in bestimmten Fächern des Studienprogramms und der Einhaltung der Vorschriften über die Studiendauer befreien.

KAPITEL VI — Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 24 - Die Artikel 7 und 8 des vorliegenden Erlasses sind nicht auf die Kandidaten anwendbar, die eine Teilgleichstellungsbescheinigung erhalten haben und die sich spätestens für die zweite Sitzung des Jahres 1996 vor dem Prüfungsausschuß einschreiben. In diesem Fall sind die Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 17. August 1957 zur Schaffung des Brevets eines Krankenpflegeassistenten und zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung dieses Brevets anwendbar.

Art. 25 - Der vorliegende Erlass wird am 29. August 1994 für die Schulen und am 1. Januar 1995 für den Prüfungsausschuß wirksam, und zwar schrittweise pro Studienjahr, mit Ausnahme von Artikel 15, der am 1. Januar 1992 wirksam wird und von Abschnitt 1 des Kapitels IV, der am 1. Januar 1997 wirksam wird.

Er hebt den Königlichen Erlass vom 17. August 1957 zur Schaffung des Brevets eines Krankenpflegeassistenten und zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung dieses Brevets, so wie er abgeändert wurde, den Königlichen Erlass vom 9. Juli 1960 zur Festlegung der Bedingungen für die Verleihung des Brevets eines Krankenpflegers und die Ausübung dieses Berufs, so wie er abgeändert wurde, und den Königlichen Erlass vom 16. Juli 1965 zur Festlegung des Programms der Prüfungen zum Erwerb des Krankenpflegebrevets, so wie er abgeändert wurde, auf, und zwar schrittweise pro Studienjahr, beginnend, was die Schulen anbelangt, mit dem ersten Studienjahr im Schuljahr 1994-1995, und was die Prüfungsausschüsse anbelangt, mit dem ersten Studienjahr im Jahre 1995.

Art. 26 - Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus und der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Eupen, den 13. Juni 1997

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften,
W. SCHRÖDER

ANLAGE ZUM ERLASS DER REGIERUNG VOM 13. JUNI 1997

Anlage I

1. Endziele

Am Ende seiner Ausbildung wird der Krankenhauspfleger fähig sein, die berufsbezogenen Verantwortlichkeiten wahrzunehmen, d.h.:

- a) die individuellen oder gemeinschaftlichen Gesundheitsbedürfnisse zu identifizieren;
- b) die Gesundheit zu fördern und Krankheiten vorzubeugen;
- c) durch ein Problemlösungsverfahren die Krankenpflege zu planen, zu koordinieren, durchzuführen und zu beurteilen;
- d) an der Erstellung, Abfassung und Beurteilung des Krankenpflegedossiers oder jeglichen anderen Datenträgers teilzunehmen;
- e) das Erteilen der Pflege durch einen verantwortungsbewußten, kreativen, ganzheitlichen Umgang mit dem Einzelnen zu beherrschen;
- f) an der Diagnosestellung durch den Arzt oder an der Anwendung der Behandlung verlässlich und unter Beachtung der ärztlichen Verordnung mitzuwirken;
- g) an der Organisation der Krankenpflegedienste und an der Gesundheitserziehung mitzuwirken.

2. Zwischenziele

Die Ausbildung ermöglicht es dem Schüler, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben und Verhaltensweisen zu entwickeln.

1. Jahr

2. Jahr

3. Jahr

KENNTNISSE

1. Die Aufgabe und die Verantwortlichkeiten des Krankenpflegers im Gesundheitswesen definieren

2. Die theoretischen Grundkenntnisse erwerben, die für das Verständnis des gesunden Menschen erforderlich sind

1. Die Kenntnisse bezüglich der Aufgabe und der Verantwortlichkeiten des Krankenpflegers im Gesundheitswesen weiterentwickeln

2. Die häufigsten Gesundheitsprobleme kennen und verstehen und entsprechend die Pflegehandlungen anpassen

1. Die Kenntnisse bezüglich der Aufgabe und der Verantwortlichkeiten des Krankenpflegers in den Berufsalltag integrieren

2. Die in der Krankenpflege erworbenen Kenntnisse verwenden, um eine komplexe krankenhausinterne oder -externe Gesundheitssituation zu erfassen

FÄHIGKEITEN

1. Eine den Pflegemaßnahmen angepaßte Problemlösungsmethode anwenden, um den Grundbedürfnissen des Kunden/Patienten zu entsprechen

2. Die grundlegenden Pflegebehandlungen erlernen
3. Die Mitarbeit des Krankenpflegers in einem interdisziplinären Team analysieren

1. Eine den Pflegemaßnahmen angepaßte Problemlösungsmethode anwenden, um den wichtigsten, gestörten Grundbedürfnissen des Kunden/Patienten zu entsprechen

2. Die Pflegehandlungen weiterentwickeln und den häufigsten Pflegesituationen anpassen
3. In einem interdisziplinären Team mitarbeiten

1. Eine den Pflegemaßnahmen angepaßte Problemlösungsmethode anwenden, um den Bedürfnissen des Kunden/Patienten in einer komplexen krankenhausinternen oder -externen Gesundheitssituation zu entsprechen

2. Vollständige Beherrschung der Pflegehandlungen
3. Sich in die Arbeit eines interdisziplinären Teams integrieren

VERHALTENSWEISEN

1. Eine aufmerksame Beziehung zum Kunden/Patienten sowie seiner Umgebung mit seinem Team aufbauen
2. die deontologischen Vorschriften beachten

1. Den jeweiligen Situationen professionell begegnen
2. die deontologischen Vorschriften einhalten und über ethische Probleme nachdenken

1. Eine Beziehung aufbauen, die die Gesundheit und das Wohlbefinden des Kunden/Patienten und seiner Umgebung fördert
2. In die berufliche Tätigkeit integrieren:
- die deontologischen und gesetzlichen Vorschriften;
- ethische Fragen

Anlage II
Mindestprogramm

1. Theoretischer Unterricht

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
A) Pflegewissenschaften			
1. Berufsorientierung und -ethik in der Krankenpflege	X	X	X
2. Allgemeine Grundsätze in der Gesundheitslehre und der Krankenpflege	X		X
3. Pflegegrundsätze, die bei gesunden und/oder kranken und/oder behinderten Personen inner- und außerhalb des Krankenhausbereichs angewandt werden			
3.1. Allgemeine Pflege	X		
3.2. Allgemeine Medizin und medizinische Fachgebiete	X	X	
3.3. Allgemeine Chirurgie und chirurgische Fachgebiete	X	X	
3.4. Kinderpflege und Kinderheilkunde	X	X	
3.5. Hygiene und Pflege der Mutter und des Neugeborenen	X		
3.6. Geistige Gesundheit und Psychiatrie	X	X	
3.7. Altenpflege und Geriatrie	X	X	X
3.8. Heimpflege			
B) Grundwissenschaften			
1. Anatomie und Physiologie (Biophysik, Biochemie)	X		
2. Pathologie (Allgemeine Kenntnisse in Symptomatologie, Diagnosever- fahren, u.a. Radiologie, und Therapieverfahren)			
2.1. Allgemeine Medizin und medizinische Fachgebiete, einschließlich Geriatrie	X	X	
2.2. Allgemeine Chirurgie und chirurgische Fachgebiete	X	X	
2.3. Pädiatrie	X		
2.4. Obstetrik und Gynäkologie	X		
2.5. Psychiatrie	X	X	
3. Bakteriologie, Virologie und Parasitologie	X		
4. Diätlehre	X		X
5. Hygiene			
5.1. Umweltstudie	X		
5.2. Berufs- und Krankenhaushygiene	X	X	
5.3. Prävention und Prophylaxe		X	
6. Pharmakologie	X		
C) Sozialwissenschaften			
1. Soziologie			X
2. Psychologie und angewandte Psychologie	X	X	X
3. Grundbegriffe der Verwaltung			X
4. Grundbegriffe der Pädagogik und der Gesundheitserziehung		X	X

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
5. Sozial- und Gesundheitsgesetzgebung			X
6. Juristische Aspekte des Berufes			X
2. Klinischer Unterricht	X	X	X
Geschen, um dem Erlaß der Regierung vom 13. Juni 1997 beigelegt zu werden.			
Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft			
Der Minister-Präsident Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus J. MARAITE			
Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften W. SCHRÖDER			

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 97 — 2435

[C - 97/33090]

13 JUIN 1997. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone fixant les conditions de collation du brevet en soins infirmiers

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le traité instituant la Communauté économique européenne, signé à Rome le 25 mars 1957 et approuvé par la loi du 2 décembre 1957, notamment les articles 49, 57 et 66;

Vu la directive 77/452/CEE du Conseil des Communautés européennes du 27 juin 1977 visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres d'infirmier responsable des soins généraux et comportant des mesures destinées à faciliter l'exercice effectif du droit d'établissement et de la libre prestation des services, modifiée par les directives 81/1057/CEE du 14 décembre 1981, 89/595/CEE du 10 octobre 1989, 89/594/CEE du 30 octobre 1989 et 90/658/CEE du 4 décembre 1990;

Vu la directive 77/453/CEE du Conseil des Communautés européennes du 27 juin 1977 visant à la coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant les activités de l'infirmier responsable des soins généraux, modifiée par la directive 89/595/CEE du 10 octobre 1989;

Vu les lois sur la collation des grades académiques et le programme des examens universitaires, coordonnées le 31 décembre 1949, telles qu'elles ont été modifiées, notamment l'article 6bis;

Vu les lois sur l'enseignement technique, coordonnées le 30 avril 1957, telles que modifiées;

Vu la loi du 19 mars 1971 relative à l'équivalence des diplômes et certificats d'études étrangers, telle qu'elle a été modifiée;

Vu l'arrêté royal n° 2 du 21 août 1978 fixant le nombre maximum de périodes par semaine de l'enseignement secondaire et professionnel secondaire complémentaire de plein exercice, modifié par l'arrêté royal n° 79 du 21 juillet 1982 et par l'arrêté royal du 29 juin 1984;

Vu l'arrêté royal n° 541 du 31 mars 1987 fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement professionnel secondaire complémentaire et modifiant l'arrêté royal n° 460 du 17 septembre 1986 établissant les plans de rationalisation et de programmation de l'enseignement supérieur de type court et modifiant la législation relative à l'organisation de l'enseignement supérieur de type long, modifié par le décret du 27 juin 1990;

Vu l'arrêté royal du 31 juillet 1971 déterminant les conditions et la procédure de l'octroi de l'équivalence des diplômes et certificats d'études étrangers, tel qu'il a été modifié;

Vu l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, tel qu'il a été modifié;

Vu l'accord du Ministre-Président compétent en matière de Budget, donné le 17 mars 1995;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est indispensable de garantir juridiquement la réforme de la formation menant à l'obtention du diplôme d'infirmier avant que les premiers brevets ne soient délivrés conformément aux dispositions du présent arrêté en fin d'année scolaire 1996-97;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, des relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme et du Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites,

Arrête :

CHAPITRE I. — Dispositions générales**Section 1re. — Définitions**

Article 1er. Au sens du présent arrêté, on entend par :

1° école : tout établissement ou toute partie d'établissement qui dispense un enseignement de plein exercice, classé dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire - section « soins infirmiers »;

2° section soins-infirmiers : catégorie à laquelle appartiennent les établissements qui délivrent le brevet visé à l'article 2, conformément aux dispositions du présent arrêté;

3° élève régulier : tout élève qui, répondant aux conditions d'admission, est inscrit pour l'ensemble des cours d'une année d'études déterminée et en suit effectivement et assidûment les cours et stages dans le but d'obtenir, s'il échoue, à la fin de l'année scolaire, les effets de droits attachés à la sanction des études;

Sauf cas de force majeure à apprécier par le chef d'établissement, n'est plus régulier l'élève qui compte plus de 60 demi-jours d'absence.

4° jury : le jury constitué par la Communauté germanophone et chargé de l'organisation des examens et de l'examen final menant à l'obtention du brevet en soins infirmiers. Le jury visé à la section 1ère du chapitre IV ne répond toutefois pas à la présente définition;

5° conseil de classe : ensemble des membres du personnel enseignant qui, présidé par le chef d'établissement ou par son délégué, est chargé de former un groupe donné d'élèves et de déterminer si les critères fixés par le présent arrêté quant à la réussite des examens ou de l'examen final sont atteints. Le conseil de classe se prononce à la majorité des voix; les abstentions ne sont pas permises et la voix du président est prépondérante en cas de parité des voix.

Un membre du conseil de classe ne peut participer aux délibérations si l'élève est son conjoint ou un parent jusqu'au quatrième degré;

6° épreuve : opération de contrôle portant sur une partie déterminée du programme d'une année d'études.

L'épreuve préparatoire visée à l'article 4 et au chapitre IV ne répond toutefois pas à la présente définition;

7° examen : ensemble des épreuves d'une année d'études à l'exclusion de celles de la dernière année d'études;

8° examen final : ensemble des épreuves de la dernière année d'études;

9° stages : activités, également appelées enseignement clinique dans la directive 77/453/CBE du 27 juin 1977, pendant lesquelles l'étudiant apprend, dans des institutions et services tant hospitaliers qu'extra-hospitaliers, à programmer, organiser, dispenser et évaluer les soins infirmiers requis;

10° rapport de soins : document rédigé par les élèves ou les candidats au jury, destiné à fournir la preuve de l'acquisition d'une démarche de résolution de problèmes adaptée aux soins infirmiers;

11° attestation d'équivalence : attestation portant sur la loi du 19 mars 1971 relative à l'équivalence des diplômes et certificats d'études étrangers et de son arrêté d'application du 31 juillet 1971.

Dans le présent arrêté, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

Section 2. — Du programme et de la sanction des études

Art. 2. Les études menant à l'obtention du brevet en soins infirmiers comportent trois années d'études; l'annexe I en fixe les objectifs finaux et intermédiaires et l'annexe II, le programme minimum.

Une année d'études compte quarante semaines de trente-six périodes de cinquante minutes.

La formation compte au total 2.240 périodes d'enseignement clinique réparties comme suit :

640 périodes en 1^{re} année, 760 périodes en 2^e année et 840 périodes en 3^e année.

Le programme de cet enseignement est déterminé par les Ministres qui ont l'Enseignement et la Santé dans leurs attributions.

La formation scolaire comporte 2.080 périodes d'enseignement théorique et pratique réparties comme suit :

	1 ^{re} année	2 ^e année	3 ^e année
Sciences infirmières	480	360	320
Sciences fondamentales	160	200	120
Sciences sociales	40	40	80
Au choix de l'établissement	120	80	80

Le Ministre ayant l'enseignement secondaire dans ses attributions ou son délégué peut autoriser une école à organiser une ou plusieurs classes d'une année d'études selon un horaire décalé à condition que le nombre total de classes de l'année d'études concernée ne soit pas supérieur à celui qui résulte de l'application des normes de dédoublement et que les dispositions du présent arrêté soient intégralement appliquées aux classes à horaire décalé.

Art. 3. Le brevet visé à l'article 2, dont le modèle est fixé par le Ministre ayant l'enseignement secondaire dans ses attributions, est délivré par l'école ou par le jury aux élèves ou candidats lauréats de l'examen final, après avoir été visé par les ministres ayant l'enseignement secondaire et la santé dans leurs attributions ou par leurs délégués et éventuellement immatriculé dans le respect des règles fixées par le Ministre fédéral qui a la Santé dans ses attributions.

Section 3. — Des conditions d'inscription

Art. 4. § 1^{er}. Pour être régulièrement inscrit en 1^{re} année dans une école ou à l'examen de 1^{re} année devant le jury, l'élève ou le candidat doit produire les documents suivants :

1° un certificat d'aptitude physique délivré depuis moins de trois mois soit par le médecin de l'établissement fréquenté, soit par un médecin du service de santé administratif ou, s'il s'agit de l'examen passé devant le jury, par le médecin traitant;

2° un certificat de bonne vie et mœurs délivré depuis moins de trois mois;

3° un(e) des certificats d'études ou attestations suivant(e)s :

a) certificat homologué d'enseignement secondaire supérieur;

b) attestation d'études de 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel de plein exercice;

c) certificat attestant la réussite de l'épreuve préparatoire prévue au chapitre IV du présent arrêté;

d) certificat attestant la réussite de l'épreuve préparatoire prévue au chapitre II de l'arrêté royal du 17 août 1957 portant fixation des conditions de collation du diplôme d'accoucheuse, d'infirmier ou d'infirmière;

e) attestation d'équivalence à l'un des certificats d'études visés ci-dessus;

f) le cas échéant, le brevet de puéricultrice obtenu avant le 30 juin 1987 ou l'attestation de réussite de 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel de plein exercice obtenue avant le 30 juin 1985.

§ 2. En ce qui concerne le jury :

- a) les certificats, attestations et brevets visés au § 1^{er}, 3^e, à l'exception de l'attestation d'équivalence, doit avoir été obtenu au plus tard l'année civile qui précède celle de l'inscription;
- b) le candidat est tenu de présenter un relevé de stage attestant qu'il a effectué au moins les 640 périodes de stage prévues en 1ère année ou le volume fixé par l'attestation d'équivalence.

Art. 5. § 1^{er}. Pour être régulièrement inscrit en 2e année dans une école ou à l'examen de 2e année devant le jury, l'élève ou le candidat doit produire l'attestation de réussite de la 1ère année des études menant à l'obtention du brevet d'infirmier ou du brevet d'infirmier - spécialité santé mentale et psychiatrie, du diplôme d'infirmier gradué, du brevet d'assistant en soins hospitaliers ou du brevet d'assistant en soins hospitaliers - spécialité santé mentale et psychiatrie ou de l'attestation d'équivalence à l'une des attestations susvisées.

§ 2. En ce qui concerne l'examen devant le jury :

- a) l'attestation visée au § 1^{er}, à l'exception de l'attestation d'équivalence, doit avoir été obtenue au plus tard l'année civile qui précède celle de l'inscription;
- b) le candidat est tenu de présenter les documents visés à l'article 4, § 1^{er}, 1^o et 2^o, ainsi qu'un relevé de stages attestant qu'il a effectué au moins les 760 périodes de stage prévues en 2e année ou le volume fixé par l'attestation d'équivalence.

Art. 6. § 1. Pour être régulièrement inscrit en 3e année dans une école ou à l'examen de 3e année devant le jury, l'élève ou le candidat doit produire l'attestation de réussite de la 2e année des études menant à l'obtention du brevet d'infirmier ou du brevet d'infirmier - spécialité santé mentale et psychiatrie, du diplôme d'infirmier gradué, du brevet d'assistant en soins hospitaliers ou du brevet d'assistant en soins hospitaliers - spécialité santé mentale et psychiatrie ou l'attestation d'équivalence à l'une des attestations susvisées.

§ 2. En ce qui concerne l'examen devant le jury :

- a) l'attestation visée au § 1, à l'exception de l'attestation d'équivalence, doit avoir été obtenue au plus tard l'année civile qui précède celle de l'inscription;
- b) le candidat est tenu de présenter les documents visés à l'article 4, § 1, 1^o et 2^o, ainsi qu'un relevé de stages attestant qu'il a effectué au moins les 840 périodes de stage prévues en 3e année ou le volume fixé par l'attestation d'équivalence.

CHAPITRE II. — Des examens

Section 1^{re}. — Devant le jury

Art. 7. Les examens et l'examen final comportent :

1^o une épreuve écrite portant sur trois des cours figurant au programme de l'année d'études concernée tel qu'il est fixé à l'annexe II du présent arrêté;

2^o les épreuves pratiques suivantes, chacune comportant une partie réalisée au chevet du patient et un rapport de soins :

- a) en 1ère année : deux épreuves portant sur les soins généraux et/ou sur les soins infirmiers aux personnes âgées;
- b) en 2e année : deux épreuves portant l'une, sur les soins infirmiers en médecine et l'autre, sur les soins infirmiers en chirurgie;
- c) en 3e année : trois épreuves portant respectivement sur les soins infirmiers en médecine, sur les soins infirmiers en chirurgie et sur les soins infirmiers généraux ou aux personnes âgées;

3^o les épreuves orales portant sur tous les cours figurant au programme de l'année d'études concernée.

Art. 8. § 1. Ne sont admis aux épreuves pratiques que les candidats ayant obtenu au moins 50% des points à l'épreuve écrite.

§ 2. Ne sont admis aux épreuves orales que les candidats ayant obtenu au moins 60% du total des points attribués aux épreuves pratiques et au moins 50% des points attribués à chacune d'entre elles.

Pour établir la cotation de chaque épreuve pratique un coefficient de pondération est appliqué : deux tiers à la partie réalisée au chevet du patient et un tiers au rapport de soins.

§ 3. Sont déclarés lauréats des examens de 1ère et de 2e année, les candidats ayant obtenu au moins 50% des points attribués à chacune des épreuves orales.

§ 4. Sont déclarés lauréats de l'examen final, les candidats ayant obtenu au moins 60% du total des points attribués à l'ensemble des épreuves de l'examen final et au moins 50% des points attribués à chacune des épreuves orales.

Section 2. — Dans les écoles

Art. 9. Les examens et l'examen final comportent :

1^o les épreuves théoriques portant sur les différents cours, l'annexe II du présent arrêté déterminant l'année d'études ultime pendant laquelle ils doivent avoir été dispensés. Un cours dispensé dans une année déterminée doit faire l'objet d'une épreuve à la fin de cette année.

2^o Les épreuves pratiques suivantes :

- a) en 1ère année : deux épreuves portant sur les soins généraux et/ou sur les soins infirmiers aux personnes âgées;
- b) en 2e année : deux épreuves portant l'une, sur les soins infirmiers en médecine et l'autre, sur les soins infirmiers en chirurgie ;
- c) en 3e année : trois épreuves portant respectivement sur les soins infirmiers en médecine, sur les soins infirmiers en chirurgie et sur les soins infirmiers généraux ou aux personnes âgées.

Art. 10. Ne sont admis à présenter les examens ou l'examen final que les élèves réguliers ayant obtenu au moins 60% des points à l'évaluation continue de l'enseignement clinique. Cette évaluation doit se baser au minimum sur les rapports de soins que sont amenés à rédiger les élèves à raison d'un rapport par cent périodes de stages en moyenne.

Art. 11. § 1. Sont déclarés lauréats des examens de 1ère et de 2e année, les élèves réguliers ayant obtenu au moins :

1^o 50% des points dans chacune des épreuves;

2° 60% des points attribués à l'ensemble constitué par l'évaluation visée à l'article 10 et les deux épreuves pratiques. L'évaluation continue et les deux épreuves pratiques sont à prendre en considération avec un coefficient de pondération identique;

3° 50% des points au total.

§ 2. Sont déclarés lauréats de l'examen final, les élèves ayant obtenu au moins :

1° 50% des points dans chacune des épreuves;

2° 60% des points attribués à l'ensemble constitué par l'évaluation continue visée à l'article 10, les trois épreuves pratiques et un travail de synthèse démontrant la capacité de l'élève à atteindre le premier objectif intermédiaire « savoir-faire de 3e année » repris à l'annexe I du présent arrêté;

3° 60% des points au total.

Pour établir la cotation de l'ensemble visé au 2°, un coefficient de pondération est appliqué :

- 20% pour le travail de synthèse;

- 35% pour l'évaluation continue;

- 45% pour l'ensemble des trois épreuves pratiques.

§ 3. Le Conseil de classe détermine souverainement la liste des épreuves de repêchage que doivent présenter les élèves ayant satisfait aux conditions fixées aux 2° et 3° des paragraphes 1 et 2, mais pas à celle fixée au 1° des mêmes paragraphes.

CHAPITRE III. — *De la protection sanitaire, de l'inspection et de la direction d'école*

Art. 12. Les élèves sont soumis chaque année au même contrôle médical que celui prévu pour les infirmiers. Les Ministres ayant l'Enseignement et la Santé dans leurs attributions sont chargés d'en déterminer les modalités.

Art. 13. L'inspection pédagogique des cours et des stages est assurée par les services d'inspection des Ministres ayant l'Enseignement secondaire et la Santé dans leurs attributions.

Art. 14. Sauf dérogation octroyée par les Ministres ayant l'Enseignement secondaire et la Santé dans leurs attributions, l'école est dirigée par un directeur d'établissement titulaire à la fois d'un diplôme d'infirmier gradué et d'un certificat d'aptitude pédagogique et peut de préférence justifier d'un diplôme de licencié en sciences hospitalières.

CHAPITRE IV. — *De l'épreuve préparatoire et du jury*

Art. 15. Le président, le vice-président, le secrétaire, le secrétaire adjoint et les membres du jury perçoivent des jetons de présence dont le montant par jour de session est forfaitairement fixé comme suit :

1° 2.000 FB pour le président, le vice-président, le secrétaire et le secrétaire adjoint;

2° 1.500 FB pour les membres.

L'indemnité pour frais de déplacement en cas d'utilisation d'un véhicule personnel est de 7,60 F/km. Pour calculer la distance, l'on prend pour point de départ le domicile de l'intéressé ou son lieu de travail si celui-ci est plus proche du lieu où se tient la réunion.

En cas d'utilisation des transports en communs, l'indemnité pour frais de déplacement est octroyée sur la base des justificatifs introduits.

Section 1re. — Épreuve préparatoire

Art. 16. L'épreuve préparatoire aux études visées à l'article 2 est présentée devant un jury.

Le Ministre ayant l'Enseignement secondaire dans ses attributions approuve le règlement d'ordre intérieur, fixe la composition du jury et en nomme les membres pour une durée de quatre ans. Leur mandat est renouvelable.

Il y a deux sessions par an.

Art. 17. Pour être admis à l'épreuve préparatoire, les candidats doivent être âgés de 18 ans au moins ou atteindre cet âge au plus tard le 31 décembre de l'année où l'épreuve est organisée.

Art. 18. L'épreuve visée à l'article 16, alinéa 1 comprend :

1° une partie écrite comportant :

a) un résumé d'un texte d'ordre général 50 points

b) un commentaire sur même 50 points

2° une partie orale portant sur les branches suivantes :

a) mathématiques 50 points

b) chimie 50 points

c) physique 50 points

d) biologie 50 points

Le programme est déterminé par le jury et approuvé par le Ministre ayant l'Enseignement secondaire dans ses attributions. Il doit être d'un niveau correspondant au moins à celui d'une sixième année d'enseignement secondaire professionnel.

Art. 19. § 1. Subit l'épreuve préparatoire avec succès, le candidat qui obtient au moins 50% des points tant pour l'épreuve écrite que pour l'épreuve orale dans chacune des branches et au moins 60% des points pour l'ensemble.

§ 2. Le candidat qui obtient moins de 50% des points pour l'ensemble des branches est en situation d'ajournement général à l'issue de la 1ère session et de refus à l'issue de la 2e session.

§ 3. Le candidat qui, en 1ère session, obtient pour l'ensemble des branches une cote au moins égale à 50% mais inférieure à 60% des points, obtient une dispense pour l'épreuve écrite s'il a obtenu, en 1ère session, au moins 60% des points pour cette épreuve, ou pour chaque branche de l'épreuve orale pour laquelle il a obtenu au moins 60% des points.

§ 4. Le candidat qui, en 1ère session, obtient au moins 60% des points pour l'ensemble des branches, doit représenter en 2e session les branches où il n'a pas obtenu 50% au moins en 1ère session.

Section 2. — Le jury

Art. 20. Deux sessions par an ont lieu pour chacune des années d'études conduisant à l'obtention du brevet visé à l'article 2.

La participation à la session d'examen est subordonnée au paiement d'un droit d'inscription s'élevant à 1.500 FB. Ce montant n'est en aucun cas remboursé.

Art. 21. Le jury a son siège au Ministère de la Communauté germanophone, Division « Organisation de l'Enseignement ». Il peut décider de délocaliser l'organisation de certaines épreuves.

Il établit son règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Ministre ayant l'Enseignement secondaire dans ses attributions.

Art. 22. § 1^{er}. Le jury se compose :

1^o d'un président et d'un vice-président choisis parmi les fonctionnaires compétents en matière d'inspection des écoles de nursing de l'enseignement secondaire professionnel complémentaire;

2^o de membres choisis parmi les professeurs, en activité de service ou retraités depuis moins de cinq ans, des écoles de nursing de l'enseignement secondaire professionnel complémentaire organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone et par la Communauté française.

S'il s'avère impossible de composer entièrement le jury en faisant appel aux professeurs visés ci-dessus, il sera possible de recourir à des professeurs ayant le diplôme d'infirmier gradué et enseignant dans des options du groupe "services sociaux et familiaux" de l'enseignement secondaire supérieur technique ou professionnel organisé ou subventionné par la Communauté germanophone;

3^o d'un secrétaire et de secrétaires adjoints choisis parmi les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et, le cas échéant, de la Communauté française.

§ 2. Le président, le vice-président, le secrétaire, les secrétaires adjoints et les membres sont nommés pour quatre ans par le Ministre ayant l'Enseignement dans ses attributions.

CHAPITRE V. — Dispenses

Art. 23. Le Ministre ayant l'Enseignement secondaire dans ses attributions peut dispenser des conditions d'admission, de l'interrogation sur certaines matières du programme et de l'observation des prescriptions relatives à la durée des études, le candidat qui justifie avoir subi avec succès, en Belgique ou à l'étranger, des épreuves équivalentes.

CHAPITRE VI. — Dispositions abrogatoires, transitoires et finales

Art. 24. Les articles 7 et 8 du présent arrêté ne s'appliquent pas aux candidats ayant obtenu une attestation d'équivalence partielle et qui s'inscrivent à l'examen devant le jury au plus tard pour la deuxième session pendant l'année 1996. Dans ce cas, les dispositions de l'arrêté royal du 17 août 1957 portant création du brevet d'assistant ou d'assistante en soins hospitaliers et fixation des conditions de collation de ce brevet sont d'application.

Art. 25. Le présent arrêté produit ses effets progressivement par année d'études au 29 août 1994 pour les écoles et au 1^{er} janvier 1995 pour le jury, à l'exception de l'article 15, qui produit ses effets au 1^{er} janvier 1992 et de la section 1 du chapitre IV, qui produit ses effets au 1^{er} janvier 1997.

Il abroge l'arrêté royal du 17 août 1957 portant création du brevet d'assistant ou d'assistante en soins hospitaliers et fixation des conditions de collation de ce brevet, tel que modifié, l'arrêté royal du 9 juillet 1960 portant fixation des conditions de collation du brevet d'infirmier ou d'infirmière et de l'exercice de la profession, tel que modifié, l'arrêté royal du 16 juillet 1965 fixant le programme des examens pour l'obtention du brevet d'infirmier et d'infirmière, tel que modifié, et ce progressivement par année d'études, en commençant pour les écoles par la première année d'études pendant l'année scolaire 1994-1995 et pour le jury par la première année d'études pendant l'année 1995.

Art. 26. Le Ministre-président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme et le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites sont chargés, chacun pour ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 13 juin 1997.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites,
W. SCHRÖDER

Annexe I

1. Objectifs finaux

Au terme de sa formation, l'infirmier hospitalier sera capable d'assumer les responsabilités inhérentes à sa profession, c'est-à-dire :

- a) d'identifier les besoins sanitaires individuels ou communautaires;
- b) de promouvoir la santé et prévenir la maladie;
- c) de planifier - coordonner - prodiguer - évaluer les soins infirmiers grâce à une démarche de résolution de problèmes;
- d) de participer à l'élaboration, à la rédaction et à l'évaluation du dossier infirmier ou de tout autre support de données;
- e) de maîtriser les soins infirmiers à dispenser par une approche responsable, créative, globale de l'individu;

f) de collaborer à l'établissement du diagnostic par le médecin ou à l'application du traitement avec discernement dans le respect de la prescription médicale;

g) de collaborer à l'organisation des services infirmiers et à l'éducation à la santé.

2. Objectifs intermédiaires

Cette formation permettra à l'étudiant d'acquérir un savoir et un savoir-faire et de développer un savoir-être.

1re année	2e année	3e année
	Savoir	
<p>1. Définir le rôle et les responsabilités de l'infirmier dans le système de santé.</p> <p>2. Acquérir les connaissances théoriques de base nécessaires à la compréhension de l'individu sain.</p>	<p>1. Développer la connaissance du rôle et des responsabilités de l'infirmier dans le système de santé.</p> <p>2. Connaître et comprendre les problèmes de santé les plus fréquents et adapter les soins en conséquence.</p>	<p>1. Intégrer dans sa pratique journalière la connaissance du rôle et des responsabilités de l'infirmier.</p> <p>2. Utiliser les connaissances en art infirmier permettant d'appréhender une situation sanitaire complexe, en milieu hospitalier ou extra-hospitalier.</p>
	Savoir-faire	
<p>1. Appliquer une démarche de résolution de problèmes adaptée aux soins infirmiers pour répondre aux besoins de base du client/patient.</p> <p>2. Acquérir une gestuelle de base des soins infirmiers.</p> <p>3. Analyser la participation de l'infirmier au travail d'une équipe pluridisciplinaire.</p>	<p>1. Appliquer une démarche de résolution de problèmes adaptée aux soins infirmiers pour répondre aux principaux besoins sanitaires perturbés du client/patient.</p> <p>2. Développer et adapter la gestuelle aux situations de soins les plus fréquentes.</p> <p>3. Participer au travail d'une équipe pluridisciplinaire.</p>	<p>1. Appliquer une démarche de résolution de problèmes adaptée aux soins infirmiers pour répondre aux besoins du client/patient dans une situation de santé complexe en secteur hospitalier et extra-hospitalier.</p> <p>2. Maîtriser parfaitement la gestuelle de soins.</p> <p>3. S'intégrer dans les activités d'une équipe pluridisciplinaire.</p>
	Savoir-être	
<p>1. Etablir avec l'équipe une relation attentive au client/patient, à son entourage.</p> <p>2. Respecter les règles déontologiques.</p>	<p>1. Adopter une attitude professionnelle dans les situations rencontrées.</p> <p>2. Respecter les règles déontologiques et développer une réflexion vis-à-vis des problèmes éthiques.</p>	<p>1. Etablir une relation favorisant la santé et le bien-être du client/patient et de son entourage.</p> <p>2. Intégrer dans son activité professionnelle :</p> <ul style="list-style-type: none"> - les règles déonto-logiques et légales; - un questionnement éthique.

Annexe II PROGRAMME MINIMUM

	1 ^{re} année	2 ^{ème} année	3 ^{ème} année
1. Enseignement théorique			
A) Sciences infirmières			
1. Orientation et éthique en matière de soins infirmiers	X	X	X
2. Principes généraux de santé et soins infirmiers	X		X
3. Principes sanitaires appliqués aux personnes saines et/ou malades et/ou handicapées en milieu hospitalier et extra-hospitalier			
3.1. Soins généraux	X		
3.2. Médecine générale et spécialisée		X	X
3.3. Chirurgie générale et sp. chirurgicales		X	X
3.4. Puériculture et pédiatrie	X	X	
3.5. Hygiène et soins à la mère et au nouveau-né		X	
3.6. Santé mentale et psychiatrie		X	X
3.7. Soins aux personnes âgées et gériatrie	X	X	X
3.8. Soins à domicile			X
B) Sciences fondamentales			
1. Anatomie - physiologie (Biophysique, biochimie)		X	
2. Pathologie (notions générales de symptomatologie, des procédés diagnostiques, dont la radiologie, et des procédés thérapeutiques)			
2.1. Médecine générale et sp., y compris gériatrie	X	X	
2.2. Chirurgie générale et sp.	X		X
2.3. Pédiatrie		X	
2.4. Obstétrique et gynécologie		X	

	1 ^{ère}	2 ^{ème}	3 ^{ème}
2.5. Psychiatrie		X	X
3. Bactériologie, virologie et parasitologie	X		
4. Diététique	X		X
5. Hygiène			
5.1. Etude du milieu	X		
5.2. Hygiène professionnelle et hospitalière	X	X	
5.3. Prévention et prophylaxie			X
6. Pharmacologie	X		
C) Sciences sociales			
1. Sociologie			X
2. Psychologie et psychologie appliquée	X	X	X
3. Notions de gestion			X
4. Notions de pédagogie et d'éducation sanitaire		X	X
5. Législation sociale et sanitaire			X
6. Aspects juridiques de la profession			X
2. Enseignement clinique	X	X	X

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 13 juin 1997.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Finances,
des relations internationales, de la santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites,
W. SCHRÖDER

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 97 — 2435

[C - 97/33090]

13 JUNI 1997. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot vaststelling van de voorwaarden waaronder het brevet in verpleegkundige verzorging wordt toegekend

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het verdrag tot instelling van de Europese Economische Gemeenschap, ondertekend te Rome op 25 maart 1957 en bekraftigd bij de wet van 2 december 1957, inzonderheid op de artikelen 49, 57 en 66;

Gelet op de richtlijn 77/452/EEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 27 juni 1977 tot wederzijdse erkenning van de bekwaamheidsbewijzen van verpleger, verantwoordelijk voor de algemene verzorging, en tot vergemakkelijking van de werkelijke uitoefening van het vestigingsrecht en van de vrije verstrekking van diensten, gewijzigd bij de richtlijnen 81/1057/EEG van 14 december 1981, 89/595/EEG van 10 oktober 1989, 89/594/EEG van 30 oktober 1989 en 90/658/EEG van 4 december 1990;

Gelet op de richtlijn 77/453/BEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 27 juni 1977 tot coördinatie van de wets-, reglements- en administratieve bepalingen betreffende de werkzaamheden van de verpleger, verantwoordelijk voor de algemene verzorging, gewijzigd bij de richtlijn 89/595/EEG van 10 oktober 1989;

Gelet op de wetten op het toekennen van de academische graden en het programma van de universitaire examens, gecoördineerd op 31 december 1949, zoals gewijzigd, inzonderheid op artikel 6bis;

Gelet op de wetten op het technisch onderwijs, gecoördineerd op 30 april 1957, zoals gewijzigd;

Gelet op de wet van 19 maart 1971 betreffende de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en getuigschriften, zoals gewijzigd;

Gelet op het koninklijk besluit nr. 2 van 21 augustus 1978 tot vaststelling van het maximumaantal lestijden per week in het onderwijs met volledig leerplan van het secundair onderwijs en van het aanvullend secundair beroepsonderwijs, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 79 van 21 juli 1982 en bij het koninklijk besluit van 29 juni 1984;

Gelet op het koninklijk besluit nr. 541 van 31 maart 1987 houdende het rationalisatie- en programmatieplan van het aanvullend secundair beroepsonderwijs, tot wijziging van het koninklijk besluit nr. 460 van 17 september 1986 tot vaststelling van het rationalisatieplan en het programmatieplan van het hoger onderwijs van het korte type en tot wijziging van de wetgeving betreffende de organisatie van het hoger onderwijs van het lange type, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 1990;

Gelet op het koninklijk besluit van 31 juli 1971 tot vaststelling van de voorwaarden en de procedure voor de toekenning van de gelijkwaardigheid van buitenlandse diploma's en getuigschriften, zoals gewijzigd;

Gelet op het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs, zoals gewijzigd;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 17 maart 1995;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het noodzakelijk is de hervorming van de opleiding leidend tot het diploma van verpleger een juridisch kader te garanderen voordat de eerste brevetten op het einde van het schooljaar 1996-97 krachtens dit besluit worden uitgereikt;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme en van de Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*
Afdeling 1. — Bepalingen

Artikel 1. In dit besluit verstaat men onder :

1° school : elke inrichting of deel van inrichting die een onderwijs met volledig leerplan verstrekt, ingedeeld bij het aanvullend beroepssecundair onderwijs, afdeling Averpleging;

2° afdeling verpleging : categorie waartoe de inrichtingen behoren die het in artikel 2 bedoelde brevet, overeenkomstig de bepalingen van dit besluit, toekennen;

3° regelmatig ingeschreven leerling : elke leerling die voldoet aan de inschrijvingsvoorraad, ingeschreven is voor het geheel van de leergangen van een bepaald studiejaar en de lessen en stages ervan regelmatig volgt om, aan het einde van het schooljaar, de rechten voortvloeiend uit de bekraftiging van de studies te kunnen genieten.

Behalve bij overmacht, die door het inrichtingshoofd moet beoordeeld worden, wordt de leerling die meer dan zestig halve dagen afwezigheid telt, niet meer als regelmatig ingeschreven leerling beschouwd;

4° examencommissie : de examencommissie samengesteld door de Duitstalige Gemeenschap en belast met het afnemen van de examens en van het eindexamen dat leidt tot het verkrijgen van het brevet in verpleegkundige verzorging. De in afdeling I van hoofdstuk IV bedoelde examencommissie beantwoordt niet aan deze omschrijving;

5° klasseraad : leden van het onderwijszend personeel die, voorgezeten door het inrichtingshoofd of door zijn afgevaardigde, ermee belast zijn een groep leerlingen op te leiden en te bepalen of de bij dit besluit vastgestelde criteria m.b.t. het slagen voor de examens en het eindexamen zijn bereikt. De klasseraad spreekt zich uit bij meerderheid van stemmen; onthoudingen zijn niet toegelaten en de stem van de voorzitter is doorslaggevend bij stemming van stemmen;

Een lid van de klasseraad mag aan de beraadslagingen niet deelnemen wanneer de leerling zijn echtgenoot of een verwant tot en met de vierde graad is;

6° proef : verrichting van controle die slaat op een bepaald deel van het leerplan van een studiejaar. Het in artikel 4 en in hoofdstuk IV bedoelde voorbereidend examen beantwoordt echter niet aan deze omschrijving;

7° examen : geheel van de proeven van een studiejaar met uitsluiting van die van het laatste studiejaar;

8° eindexamen : geheel van de proeven van het laatste studiejaar;

9° stage : werkzaamheden, ook geheten klinisch onderwijs in de richtlijn 77/453/EWG van 27 juni 1977, tijdens welke de student in instellingen en diensten, zowel in als buiten ziekenhuizen, de vereiste verpleging leert plannen, organiseren, verstrekken en schatten;

10° verzorgingsverslag : document opgesteld door de leerlingen of de kandidaten voor de examencommissie om te bewijzen dat zij een methode voor oplossing van problemen hebben verworven, die aangepast is aan de verzorging;

11° gelijkwaardigheidsattest : attest met betrekking tot de beslissing genomen met toepassing van de wet van 19 maart 1971 betreffende de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en getuigschriften en van het uitvoeringsbesluit van 31 juli 1971.

In dit besluit gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

Afdeling 2. — Programma en bekraftiging van de studies

Art. 2. De studies die tot het verkrijgen van het brevet in verpleegkundige verzorging leiden, omvatten drie studiejaren; bijlage I bepaalt er de eind- en tussentermen van en bijlage II het minimumprogramma.

Een studiejaar omvat veertig weken met zesendertig lestijden van vijftig minuten.

De opleiding omvat in totaal 2.240 lestijden klinisch onderwijs, verdeeld als volgt :

640 lestijden in het eerste, 760 lestijden in het tweede en 840 lestijden in het derde jaar.

Het programma van dit onderwijs wordt vastgesteld door de Ministers bevoegd inzake Onderwijs resp. Gezondheid.

De schoolopleiding omvat 2.080 lestijden met theoretisch en praktijkonderwijs verdeeld als volgt :

	1 ^{ste} jaar	2 ^{de} jaar	3 ^{de} jaar
Verpleegkunde	480	360	320
Basiswetenschappen	160	200	120
Sociale wetenschappen	40	40	80
Naar keuze van de inrichting	120	80	80

De Minister bevoegd inzake Secundair onderwijs of zijn afgevaardigde kan een school ertoe machtigen één of meer klassen van een studiejaar volgens een glijdende uurrooster te organiseren, op voorwaarde dat het totaal aantal klassen van het betrokken studiejaar niet hoger ligt dan dat voortvloeiend uit de toepassing van de splitsingsnormen, en dat de bepalingen van dit besluit integraal worden toegepast op de klassen met een glijdende uurrooster.

Art. 3. Het in artikel 2 bedoelde brevet waarvan het model door de Minister bevoegd inzake Secundair onderwijs wordt bepaald, wordt door de school of door de examencommissie aan de leerlingen of kandidaten uitgereikt die voor het eindexamen geslaagd zijn, nadat het door de Ministers bevoegd inzake Secundair onderwijs resp. Gezondheid of hun afgevaardigden gevisserd en desgevallend krachtens de regels vastgelegd door de federale Minister bevoegd inzake Gezondheid ingeschreven is.

Afdeling 3. — Inschrijvingsvoorraarden

Art. 4. § 1. Om in het eerste studiejaar op school of bij de examens van het eerste studiejaar vóór de examencommissie regelmatig ingeschreven te zijn, moet de leerling of de kandidaat volgende bescheiden overleggen:

1° een attest van lichamelijke geschikheid minder dan drie maanden geleden uitgereikt door de geneesheer van de bezochte instelling, door een geneesheer van de Administratieve Gezondheidsdienst of door de behandelende arts, indien het om het examen vóór de examencommissie gaat;

2° een getuigschrift van goed zedelijk gedrag uitgereikt sinds minder dan drie maanden;

3° één van de volgende getuigschriften, studiebewijzen of attesten :

a) ghomologeerd getuigschrift van hoger secundair onderwijs;

b) studieattest van het 6^{de} jaar van het beroepssecundair onderwijs met volledig leerplan;

c) bewijs waaruit blijkt dat hij geslaagd is voor het examen bedoeld in hoofdstuk IV van dit besluit;

d) bewijs waaruit blijkt dat hij geslaagd is voor het examen bepaald in hoofdstuk II van het koninklijk besluit van 17 augustus 1957 houdende vaststelling van de voorwaarden waaronder het diploma van vroedvrouw, verpleger of verpleegster wordt toegekend;

e) attest over de gelijkwaardigheid met één der bovenvermelde getuigschriften, studiebewijzen resp. attesten;

f) desgevallend, het brevet van kinderverzorgster, verkregen vóór 30 juni 1987 of het attest over het welslagen van het 6e jaar beroepssecundair onderwijs met volledig leerplan, verkregen vóór 30 juni 1985.

§ 2. Wat de examencommissie betreft,

a) moeten de in § 1, 3°, bedoelde getuigschriften, studiebewijzen, attesten en brevetten met uitzondering van het gelijkwaardigheidsattest uiterlijk tijdens het kalenderjaar vóór de inschrijving, verkregen zijn;

b) is de kandidaat ertoe gehouden een stagestaat over te leggen waaruit blijkt dat hij minstens de 640 stagestijden van het 1^{ste} jaar, of het door het gelijkwaardigheidsattest bepaalde aantal stagestijden, heeft verricht.

Art. 5. § 1. Om in het 2^{de} studiejaar op school of bij de examens van het tweede studiejaar vóór de examencommissie regelmatig ingeschreven te zijn, moet de leerling of de kandidaat een attest overleggen over het welslagen van het eerste studiejaar dat leidt tot het verkrijgen van het brevet van verpleger of van verpleger - richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, van het diploma van gegradeerde verpleger, of van het brevet van verpleegassistent of van verpleegassistent - richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, of het attest over de gelijkwaardigheid met één van de bovenvermelde bekwaamheidsbewijzen.

§ 2. Wat de examens vóór de examencommissie betreft,

a) moet het in § 1 bedoelde attest, met uitzondering van het gelijkwaardigheidsattest, ten laatste tijdens het kalenderjaar vóór de inschrijving, verkregen zijn;

b) is de kandidaat ertoe gehouden de in artikel 4, § 1, 1° en 2° bedoelde bescheiden over te leggen alsmede een stagestaat waaruit blijkt dat hij minstens de 760 stagestijden van het 2^{de} jaar, of het door het gelijkwaardigheidsattest bepaalde aantal stagestijden, heeft verricht.

Art. 6. § 1. Om in het 3^{de} studiejaar op school of bij de examens van het 3^{de} studiejaar vóór de examencommissie regelmatig ingeschreven te zijn, moet de leerling of de kandidaat een attest over het welslagen van het 2e studiejaar overleggen dat leidt tot het verkrijgen van het brevet van verpleger of van het brevet van verpleger - richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, van het diploma van gegradeerde verpleger of van het brevet van verpleegassistent of van verpleegassistent - richting geestelijke gezondheid en psychiatrie, of het attest over de gelijkwaardigheid met één van de bovenvermelde bekwaamheidsbewijzen.

§ 2. Wat de examens vóór de examencommissie betreft,

a) moet het in § 1 bedoelde attest van welslagen, met uitzondering van het gelijkwaardigheidsattest uiterlijk tijdens het kalenderjaar vóór de inschrijving, verkregen zijn;

b) is de kandidaat ertoe gehouden de in artikel 4, § 1, 1° en 2°, bedoelde bescheiden over te leggen, alsmede een stagestaat waaruit blijkt dat hij minstens de 840 stagestijden van het 3^{de} jaar, of het door gelijkwaardigheidsattest bepaalde aantal stagestijden, heeft verricht.

*HOOFDSTUK II. — De examens**Afdeling 1. — Vóór de examencommissie*

Art. 7. De examens en het eindexamen omvatten :

1° een schriftelijke proef over drie van de cursussen die op het programma van het betrokken studiejaar voorkomen, zoals vastgelegd in bijlage II van dit besluit;

2° de volgende praktische proeven, met een deel afgelegd bij een patiënt en een verzorgingsverslag :

a) in het 1^{ste} jaar, twee proeven over de algemene verpleging en/of de verpleegkunde in de bejaardenzorg;

b) in het 2^{de} jaar, twee proeven over enerzijds de verzorging in de geneeskunde en anderzijds de verzorging in de heelkunde;

c) in het 3^{de} jaar, 3 proeven over de verzorging in de geneeskunde, de verzorging in de heelkunde en de algemene verpleegkundige verzorging en de verpleegkunde of de bejaardenzorg;

3° de mondelinge proeven over alle cursussen die op het programma van het betrokken studiejaar voorkomen.

Art. 8. § 1. Worden enkel tot de praktische proeven toegelaten de kandidaten die bij de schriftelijke proef minstens 50 % van de punten behalen.

§ 2. Worden enkel tot de mondelinge proeven toegelaten de kandidaten die minstens 60 % van het totaal van de voor de praktische proeven toegekende punten en minstens 50 % van de voor elke proef toegekende punten behalen;

Voor elke praktische proef wordt bij de toekenning van de punten een wegingscoëfficiënt toegepast : 2/3 voor het gedeelte afgelegd bij de patiënt en 1/3 voor het verzorgingsverslag :

§ 3. Voor de examens van het 1^{ste} en het 2^{de} jaar slagen de kandidaten die minstens 50 % van de aan elke mondelinge proef toegekende punten behalen.

§ 4. Voor het eindexamen slagen de kandidaten die minstens 60 % van het totaal van de punten toegekend voor het geheel van de proeven van het eindexamen en minstens 50 % van de aan elke mondelinge proef toegekende punten behalen.

Afdeling 2. — Op school

Art. 9. De examens en het eindexamen omvatten :

1° de theoretische proeven over de verscheidene vakken; in bijlage II van dit besluit wordt het laatste studiejaar bepaald tijdens welk ze moeten onderwezen zijn. Een vak dat tijdens een bepaald jaar onderwezen wordt, moet het voorwerp zijn van een proef op het einde van datzelfde jaar.

2° de volgende praktische proeven :

- a) in het 1^{ste} jaar, twee proeven over de algemene ziekenverpleging en/of de verpleegkunde in de bejaardenzorg;
- b) in het 2^{de} jaar, twee proeven over enerzijds de verzorging in de geneeskunde en anderzijds de verzorging in de heelkunde;
- c) in het 3^{de} jaar, drie proeven die betrekking hebben resp. op de verzorging in de geneeskunde, de verzorging in de heelkunde en de algemene verpleegkundige verzorging of de verpleegkunde in de bejaardenzorg.

Art. 10. Tot de examens of het eindexamen worden enkel toegelezen de regelmatig ingeschreven leerlingen die minstens 60 % bij de permanente evaluatie van het klinisch onderwijs behalen. Deze evaluatie moet minstens stoelen op de verzorgingsverslagen die de leerlingen moeten opstellen : in doorsnede één verslag per honderd stagestijden.

Art. 11. § 1. Voor de examens van het 1^{ste} en het 2^{de} jaar slagen de regelmatig ingeschreven leerlingen die minstens :

1° 50 % van de punten voor elke proef behalen;

2° 60 % van de punten behalen die toegekend zijn voor het geheel bestaande uit de in artikel 10 bedoelde permanente evaluatie en de twee praktische proeven. Voor de permanente evaluatie en de twee praktische proeven dient een identiek wegingscoëfficiënt toegepast te worden;

3° 50 % van de punten in totaal behalen.

§ 2 - Voor het eindexamen slagen de leerlingen die ten minste :

1° 50 % van de punten voor elke proef behalen;

2° 60 % van de punten behalen voor het geheel bestaande uit de in artikel 10 bedoelde permanente evaluatie, de 3 praktische proeven en een synthese waaruit blijkt dat de leerling de eerste tussentermen Abedrevenheid voor het 3^{de} jaar (bijlage 1) kan bereiken;

3° 60 % van de punten in totaal behalen.

Voor de notering van het in 2° bedoelde geheel wordt een wegingscoëfficiënt toegepast van :

- 20 % voor het synthesewerk;

- 35 % voor de permanente evaluatie;

- 45 % voor het geheel van de drie praktische proeven.

§ 3. De klasseraad bepaalt zonder appel de lijst van de herexamens voor de leerlingen die aan de in 2° en 3° van §§ 1 en 2 vastgestelde voorwaarden wel voldoen maar niet aan die vastgesteld in punt 1° van dezelfde paragrafen.

HOOFDSTUK III. — Gezondheidsbescherming, inspectie en schoolleiding

Art. 12. De leerlingen ondergaan jaarlijks hetzelfde medisch toezicht als dat bepaald voor de verplegers. De Ministers bevoegd inzake Gezondheid resp. Onderwijs zijn ermee belast de modaliteiten ervan vast te leggen.

Art. 13. Voor de pedagogische inspectie van de cursussen en stages zorgen de inspectiediensten van de Ministers bevoegd inzake Secundair onderwijs resp. Gezondheid.

Art. 14. Behoudens een afwijking toegestaan door de Ministers bevoegd inzake Secundair onderwijs resp. Cezondheid, staat de school onder de leiding van een inrichtingshoofd dat houder is van het diploma van gegradeerde verpleger en van een getuigschrift van pedagogische bekwaamheid en dat bij voorkeur het diploma van licentiaat in de ziekenhuiswetenschappen bezit.

HOOFDSTUK IV. — Voorbereidend examen en examencommissie

Art. 15. De voorzitter, de ondervoorzitter, de secretaris, de adjunct-secretaris en de leden van de examencommissie verkrijgen een presentiegeld waarvan het forfaitair bedrag per zittingsdag als volgt vastgelegd wordt :

1° 2.000 BF voor de voorzitter, de ondervoorzitter, de secretaris en de adjunct-secretaris;

2° 1.500 BF voor de leden.

De reiskostenvergoeding voor het gebruik van een privé-voertuig bedraagt 7,60 BF per kilometer. Als uitgangspunt voor de berekening van de afstand wordt de woonplaats van de betrokkenen of de werkplaats in aanmerking genomen, indien deze laatste het meest nabijgelegen is t.o.v. de vergaderplaats.

Bij gebruik van het openbaar vervoer wordt de reiskostenvergoeding op voorlegging van bewijsstukken toegekend.

Afdeling I. — Voorbereidend examen

Art. 16. Het tot de in artikel 2 bedoelde studies voorbereidend examen wordt voor een examencommissie afgelegd.

De Minister bevoegd inzake Secundair onderwijs keurt het huishoudelijk reglement van de examencommissie goed, bepaalt er de samenstelling van en benoemt de leden voor vier jaar. Hun mandaat is hernieuwbaar.

Er zijn twee zittijden per jaar.

Art. 17. Om tot het voorbereidend examen toegelaten te worden, moeten de kandidaten minstens 18 jaar oud zijn of deze leeftijd uiterlijk op 31 december van het jaar bereiken waarin het examen georganiseerd wordt.

Art. 18. Het in artikel 16, lid 1, bedoelde examen omvat :

1° een schriftelijk gedeelte bestaande uit :

a) een samenvatting van een tekst van algemene aard	50 punten
b) een commentaar op hetzelfde thema	50 punten
2° een mondeling gedeelte over de volgende vakken :	
a) wiskunde	50 punten
b) scheikunde	50 punten
c) natuurkunde	50 punten
d) biologie	50 punten

Het programma wordt door de examencommissie bepaald en door de Minister bevoegd inzake Secundair onderwijs goedgekeurd. Het moet minstens van hetzelfde peil zijn als dat van een zesde jaar beroepssecundair onderwijs.

Art. 19. § 1. Slaagt voor het voorbereidend examen de kandidaat die minstens 50 % van de punten voor het schriftelijk gedeelte, minstens 50% voor het mondelinge gedeelte in elk vak en minstens 60 % van de punten voor het geheel behaalt.

§ 2. De kandidaat die minder dan 50 % van de punten behaalt die voor het geheel der vakken toegekend zijn, verkeert in een toestand van algemene verdaging na afloop van de eerste zittijd, en van afwijzing na afloop van de tweede zittijd.

§ 3. De kandidaat die bij de eerste zittijd ten minste 50 % maar minder dan 60 % van de punten behaalt die voor het geheel van de vakken toegekend zijn, bekomt een vrijstelling voor het schriftelijk gedeelte, indien hij bij de eerste zittijd ten minste 60% van de punten voor dat gedeelte behaalt, of voor elk vak van het mondeling gedeelte waarvoor hij minstens 60 % van de punten behaalt.

§ 4. De kandidaat die bij de eerste zittijd minstens 60 % van de punten behaalt die voor het geheel van de vakken toegekend zijn, moet bij de tweede zittijd een examen over de vakken afleggen waarvoor hij bij de eerste zittijd minder dan 50 % behaalt.

Afdeling 2. — De examencommissie

Art. 20. Voor elk leerjaar van de studies leidend tot het verkrijgen van het in artikel 2 bedoelde brevet vinden twee zittijden per jaar plaats.

Om aan een zittijd deel te nemen dient een inschrijvingsgeld van 1.500 BF betaald te worden. Dit bedrag wordt in geen geval terugbetaald.

Art. 21. De examencommissie heeft haar zetel bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling AOrganisatie van het Onderwijs. Ze mag beslissen elders zitting te houden.

Ze maakt haar huishoudelijk reglement op en legt het aan de Minister bevoegd inzake Secundair onderwijs ter goedkeuring voor.

Art. 22. § 1. De examencommissie bestaat uit :

1° een voorzitter en een ondervoorzitter gekozen onder de ambtenaren die bevoegd zijn inzake inspectie van de verplegingsscholen van het aanvullend beroepssecundair onderwijs;

2° leden gekozen onder de nog in dienst zijnde of sinds minder dan vijf jaar gepensioneerde leraars van de door de Duitstalige Gemeenschap en desgevallend de Franse Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde verplegingscholen van het aanvullend beroepssecundair onderwijs.

Is het niet mogelijk de examencommissie helemaal met bovenvermelde leraars samen te stellen, kan men een beroep doen op leraars die houders zijn van het diploma van geëradeerde verpleger en die onderwijzen in de hogere graad van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd secundair technisch of beroepsonderwijs, afdeling "sociale en gezinsdiensten";

3° een secretaris en adjunct-secretarissen, gekozen onder de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en desgevallend de Franse Gemeenschap.

§ 2. De voorzitter, de ondervoorzitter, de secretarissen, de adjunct-secretarissen en de leden worden door de Minister bevoegd inzake Onderwijs voor vier jaar benoemd.

HOOFDSTUK V. — Vrijstellingen

Art. 23. De kandidaat die kan bewijzen dat hij in België of in het buitenland gelijkwaardige proeven met vrucht heeft afgelegd, kan door de inzake Secundair onderwijs bevoegde Minister vrijgesteld worden van de toelatingsvoorraarden, van de ondervraging over bepaalde vakken staande op het studieprogramma en van de inachtneming van de voorschriften betreffende de studieduur.

HOOFDSTUK VI. — Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen

Art. 24. De artikels 7 en 8 van dit besluit zijn niet toepasselijk op de kandidaten die een gedeeltelijk gelijkwaardigheidssattest hebben verkregen en zich ten laatste voor de tweede zittijd van het jaar 1996 inschrijven waarin examens vóór de examencommissie worden opgenomen. In dit geval zijn de bepalingen van het besluit van 17 augustus 1957 houdende instelling van het brevet van verpleegassistent en verpleegassistente en vaststelling van de voorwaarden waaronder het wordt toegekend, van toepassing.

Art. 25. Dit besluit heeft geleidelijk uitwerking studiejaar na studiejaar m.i.v. 29 augustus 1994 voor de scholen en van 1 januari 1995 voor de examencommissie, met uitzondering van artikel 15 dat m.i.v. 1 januari 1992 uitwerking heeft en van afdeling 1 van hoofdstuk IV die m.i.v. 1 januari 1997 uitwerking heeft.

Het koninklijk besluit van 17 augustus 1957 houdende instelling van het brevet van verpleegassistent en verpleegassistente en vaststelling van de voorwaarden waaronder het wordt toegekend, zoals gewijzigd, het koninklijk besluit van 9 juli 1960 houdende vaststelling van de voorwaarden waaronder het brevet van verpleger of verpleegster wordt toegekend en van de beroepsuitoefening, zoals gewijzigd, en het koninklijk besluit van 16 juli 1965 tot vaststelling van het programma van de examens voor het bekomen van het brevet van verpleger en verpleegster, zoals

gewijzigd, worden geleidelijk, studiejaar na studiejaar opgeheven, te beginnen met het eerste studiejaar tijdens het schooljaar 1994-95 voor de scholen en tijdens het schooljaar 1995 voor de examencommissie.

Art. 26. De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme en de Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 13 juni 1997.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-Präsident,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,
W. SCI IRÖDER

BIJLAGE I

1. Eindtermen

Op het einde van zijn opleiding moet de ziekenhuisverpleger in staat zijn de verantwoordelijkheden m.b.t. zijn beroep te nemen, d.w.z. :

- a) de individuele en gemeenschappelijke sanitaire behoeften te identificeren;
- b) de gezondheid te bevorderen en de ziekten te voorkomen;
- c) door middel van een methode voor oplossing van problemen de verpleegkundige verzorging te plannen, organiseren, verstrekken en schatten;
- d) aan het uitwerken, opstellen en beoordelen van het verpleegkundig dossier of van iedere andere informatiedrager mede te werken;
- e) het verstrekken van de zorgen door een verantwoordelijke, creatieve en totale benadering van de persoon te beheersen;
- f) aan de door de arts gestelde diagnose samen te werken of de behandeling op een betrouwbare wijze toe te passen met inachtneming van het doktersvoorschrift;
- g) samen te werken aan de organisatie van de verpleegdiensten en aan de gezondheidsopvoeding.

2. Tussentermen

De opleiding stelt de leerling in staat kennis en vaardigheden te verwerven en attitudes te ontwikkelen.

1^{ste} jaar

2^{de} jaar

3^{de} jaar

KENNIS

1. De functie en de verantwoordelijkheden van de verpleger in de gezondheidszorg definieren.
2. De theoretische basiskennis verwerven die noodzakelijk is om de gezonde persoon te begrijpen.

1. De kennis van de functie en de verantwoordelijkheid van de verpleger in de gezondheidszorg ontwikkelen;
2. De frequentste gezondheidsproblemen kennen en begrijpen en de aangepaste zorgen verstrekken.

1. De kennis van de functie en de verantwoordelijkheid van de verpleger in zijn dagelijks werk integreren.

2. De in de verpleegkunde verworven kennis aanwenden om een complexe gezondheidstoestand in en buiten ziekenhuizen te analyseren.

VAARDIGHEDEN

1. Een methode voor oplossing van problemen die aangepast is aan de verpleegkundige verzorging aanwenden om aan de basisbehoefte van de cliënt/patiënt te beantwoorden
2. De basisbewegingen voor de verpleegkundige verzorging aanleren.
3. De medewerking van de verpleger aan het werk van een multidisciplinair team analyseren.

1. Een methode voor de oplossing van problemen aanwenden die aangepast is aan de verpleegkundige zorgen om aan de belangrijkste, gestoorde basisbehoefte van de cliënt/patiënt te beantwoorden.
2. De basisbewegingen ontwikkelen en aan de meest voorkomende verzorgingstoestanden aanpassen.
3. Aan het werk van een multidisciplinair team medewerken.

1. Een methode voor de oplossing van problemen aanwenden die aangepast is aan de verpleegkundige zorgen om aan de behoeften van de cliënt/patiënt in een complexe gezondheidstoestand in en buiten ziekenhuizen te beantwoorden.
2. De bewegingen voor de verpleegkundige verzorging volledig beheersen.
3. Zich in het werk van een multidisciplinair team integreren.

ATTITUDES

1. Samen met het team voorkomend zijn in de omgang met de cliënt/patiënt en zijn omgeving.

1. In elke situatie professioneel handelen
2. De code van plichtenleer nakomen en over de ethische problemen nadelen.

1. Met de cliënt/patiënt zo omgaan dat zijn gezondheid en zijn welzijn zoals die van zijn omgeving worden bevorderd/Een relatie opbouwen die de gezondheid en het welzijn van de cliënt/patiënt en zijn omgeving bevordert.
2. - de code van plichtenleer en de wettelijke regels.
- ethische vragen in de beroepsarbeid integreren

BIJLAGE II
MINIMUMPROGRAMMA

	eerste jaar	tweede jaar	derde jaar
1. Theoretisch onderwijs			
a) verpleegkunde			
1. Beroepsoriëntering en ethiek inzake verpleegkundige verzorging	X	X	X
2. Algemene principes van de gezondheidszorg en verpleegkundige verzorging	X		X
3. Verzorgingsprincipes toegepast bij gezonde en/of zieke en/of gehandicapte personen in en buiten ziekenhuizen			
3.1. Algemene verpleging	X		
3.2. Algemene geneeskunde en medische specialiteiten		X	X
3.3. Algemene heelkunde en heelkundige specialiteiten		X	X
3.4. Kinderverzorging en kindergeneeskunde	X	X	
3.5. Hygiëne en verpleegkunde bij moeder en kind		X	
3.6. Geestelijke gezondheid en psychiatrie		X	X
3.7. Begaardenzorg en geriatrie	X	X	X
3.8. Thuisverzorging			X
b) Basiswetenschappen			
1. Ontleedkunde en fysiologie (biofysica, biochemie)	X		
2. Ziektenleer (algemene begrippen van symptomatologie, diagnosestelling o.a. radiologie en therapeutische methoden)			
2.1. Algemene geneeskunde en medische specialiteiten, geriatrie inbegrepen	X	X	
2.2. Algemene heelkunde en heelkundige specialiteiten	X	X	
2.3. Pediatrie		X	
2.4. Verloskunde en gynaecologie		X	
2.5. Psychiatrie		X	X
3. Bacteriologie, virologie en parasitologie	X		
4. Dieetleer	X		X
5. Hygiëne			
5.1. Milieukunde	X		
5.2. Beroeps- en ziekenhuishygiëne	X	X	
5.3. Preventie en profylaxe		X	
6. Farmacologie	X		
c) Sociale wetenschappen			
1. Sociologie			X
2. Psychologie en toegepaste psychologie	X	X	X
3. Basiskennis bestuur			X
4. Basiskennis pedagogie en gezondheidsopvoeding		X	X
5. Sociale en sanitaire wetgeving			X
6. Juridische aspecten van het beroep			X
2. Klinisch onderwijs	X	X	X

Gezien om bijgevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 13 juni 1997.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,
W. SCHRÖDER